# The Good, The Bad and the Governance -

Eine kritische Betrachtung des Good-Governance-Konzeptes

Abstract: Johanna Kuchling

### Einführung

Das Konzept der Good Governance hat spätestens seit den 1980er Jahren, nach der Implementierung durch die Weltbank, eine rasante Karriere hinter sich. Nach Ende des Kalten Krieges wurden immer mehr Stimmen laut, die die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) anzweifelten. Laut Weltbank sei eine "crisis of governance", speziell in Subsahara-Afrika, schuld an dem möglichen Scheitern der bisherigen EZA. Demzufolge machte die westliche Gebergemeinschaft Good Governance (d.h. Rechtsstaatlichkeit, Respektierung grundlegender Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung) zur Voraussetzung einer Erfolg versprechenden EZA.

Die Ausrichtung von Entwicklungspolitik hängt von vielen sozialen, ökonomischen, politischen und historischen Variablen ab. Standen frühere entwicklungspolitische Konditionalitäten rein unter ideologischen oder ökonomischen Prämissen, wird seit Anfang der 1990er Jahre die Entwicklungspolitik der meisten Industrieländer (IL) an politisch-strukturelle und verfahrenstechnische Reformen in den entsprechenden Entwicklungsländern (EL) gekoppelt. Insgesamt soll dadurch die Qualität der Staatstätigkeit steigen. (vgl. Nohlen 2000 : 314)

Die Idee zu Good Governance stammt allerdings aus der westlichen Gedanken- und Erfahrungswelt. Good Governance ist eine Politik geprägt von Rationalismus und Bürokratie, "Teil der Entzauberung der Welt", um es mit Max Weber (1919) zu sagen. Diese Vorstellungen von guter Regierungsführung stehen nicht nur oft in Zusammenhang mit den Machtinteressen der herrschenden Elite, sondern sind auch kulturell für viele Gesellschaften fremd. (vgl. Murphy 2002)

Die Arbeit versucht im Sinne der post-development Ansätze, Entwicklung als Diskurs zu begreifen. Die Frage, die in dieser Arbeit erörtert werden soll ist, inwiefern durch Good Governance epistemische Gewalt im Sinne der post-development und post-kolonialen Ansätze ausgeübt wird.

#### **Good Governance und der Staat**

Die Rolle des Staates in Good Governance ist eine ambivalente. Einerseits erfährt der Staat in der Entwicklungstheorie nach den marktorientierten Strukturanpassungsprogrammen der 1980er Jahre eine Renaissance .Die Entstehung von Good Governance hängt auch mit der Wiederentdeckung des Staates als "positive player" in der politischen und ökonomischen Entwicklung zusammen. (vgl. Grindle 2010: 3) Andererseits wird ein wesentliches Element eines Staates, das der Souveränität, durch Good-Governance-Maßnahmen in Frage gestellt. Diese stellen oft ein tiefgreifendes Eindringen in nationale politische und verwaltungstechnische Belange dar.

# **Partizipation und Demokratie**

Good Governance stellt den Versuch dar, politische Rahmenbedingungen auf die entwicklungspolitische Agenda zu heben. Demokratie und Partizipation haben unterschiedlich wichtige Bedeutung in der Good Governance, je nachdem von welchem Verständnis von Good Governance man ausgeht. Good Governance bedeutet allerdings immer das Eingeständnis, dass ohne funktionierende staatliche Institutionen keine nennenswerten Entwicklungserfolge erzielt

werden können. Dennoch stellt Good Governance primär den Versuch dar, effiziente Staatlichkeit und damit hierarchische Steuerungsmuster zu stärken. Hartmann argumentiert, dass der Fokus mehr auf dem klassischen "government" liegt als auf "governance", da die Einbindung nichtstaatlicher Akteur\_innen in der entwicklungspolitischen Governance-Diskussion relativ wenig vorkommt. Schaue man sich entwicklungspolitische Projekte der Governance-Förderung an, beschränken sich diese oft auf Staatsreform, wobei es letztlich recht wenig um "accountability" oder zivilgesellschaftliche Partizipation geht. "Regierbarkeitsprobleme" werden auf die technische administrative Reorganisation reduziert. Dadurch würden sich Wunschdenken der Geberländer mit politischen Interessen der Staatseliten in den Entwicklungsländern treffen. (vgl. Hartmann 2009: 38)

#### Good Governance in der Ära des Neoliberalismus

Zahlreiche Kritik gibt es auch in Hinblick auf die Ausrichtung von Good Governance auf das neoliberale Wirtschaftssystem. Dieses geht einher mit der hegemonialen internationalen Arbeitsteilung, die auf postkolonialen Strukturen aufbaut. Die neoliberale Ausrichtung von Good Governance ist auch schuld daran, dass die demokratiepolitischen und partizipativen Elemente von Good Governance zu kurz kommen. Denn der Fokus liegt meist auf den wirtschaftspolitischen Kriterien, die Good Governance ausmachen. So werden Staaten als gut regiert eingestuft, die maßgebliche Reformen zugunsten der freien Marktwirtschaft schufen, obwohl es maßgebliche demokratiepolitische Probleme gibt. Außerdem kann und wird der Begriff der Demokratisierung oft durch neoliberale Logiken instrumentalisiert. Beispielsweise wird die Öffnung der Märkte als demokratiefördernde Maßnahme begriffen. Weiters werden Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale Inklusion nicht als Ziel von Good Governance an sich formuliert, sondern als Voraussetzung für diese. Was stattdessen als Ziel von Good Governance dargestellt werden kann, darüber darf spekuliert werden.

#### **Epistemische Gewalt**

Nicht zuletzt muss auch auf die Kritik hinsichtlich epistemischer Gewalt hingewiesen werden, die mit allen anderen genannten Punkten in Verbindung steht. Es geht um die Produktion und Reproduktion von Machtverhältnissen in der Hervorbringung von Wissen. Auch im Hinblick auf Good Governance ist die Hegemonie in der Wissensproduktion zu beachten, denn auch Good Governance ist eine Erfindung des Westens. Problematisch ist vor allem, dass es keine klare Definition des Konzeptes gibt. So haben westliche Staaten und Entwicklungsinstitutionen die Macht, darüber zu entscheiden, wer als gut regiert gilt und wer nicht. Diese Entscheidung ist maßgebend dafür, welchem Land wie viele Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit zukommen und welchem Land nicht.

Die maßgeblichen Kategorien von Good Governance sind auf jeden Fall mit westlichen Werten behaftet. Das Verständnis von Entwicklung im Lauf der Zeit hat sich sehr stark verändert. Zentral ist aber, dass immer nach dem Vorbild des Westens agiert wurde. Das Konzept von Good Governance bildet hier keine Ausnahme. Es geht in dieser Arbeit nicht darum zu entscheiden, ob Maßnahmen im Sinne von Good Governance für dieses oder jenes Land vorteilhaft sind oder nicht, sondern um die grundsätzliche theoretische Frage, die dahinter steht, nämlich ob Good Governance mit epistemischer Gewalt verbunden ist.

# Quellen:

Grindle, Merilee S. (2010): Good Governance: The Inflation of an Idea. HKS Faculty Research Working Paper Series, RWP10-023, John F. Kennedy School of Government, Harvard University.

Hartmann, Christoph (2009): Demokratie/Good Governance/Partizipation/Empowerment. In: Meyns, Peter (2009): Handbuch eine Welt. Entwicklung im globalen Wandel. Peter Hammer Verlag, Wuppertal.

Nohlen, Dieter (2000) (Hrsg.): Lexikon der Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg 2000.

Murphy, Emma C. (2002): Good Governance. Ein universell anwendbares Konzept? In: Internationale Politik, 2002: 1-19.